



Russland: Aktuelle innen- und außenpolitische Aspekte

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider

November 2015

Zusammenfassung

Auf der Sitzung des Menschenrechtsrats beim Präsidenten am 1. Oktober 2015 in Moskau teilte der russische Präsident Wladimir Putin mit, dass in Russland 670.000 Personen in NGOs tätig sind. Der russische Staat gibt den NGOs in diesem Jahr Beihilfen in Höhe von 4,2 Mrd. Rubel (60 Mio. €). Die bekannte russische Menschenrechtlerin Ljudmila Alexejewa, die dem Menschenrechtsrat angehört, forderte von Putin die Abschaffung des Gesetzes über „ausländische Agenten“. Putin lehnte das ab, erklärte aber, dass es notwendig sei, den Begriff der „politischen Tätigkeit“ zu klären. Er sagte Vorschläge zur Überarbeitung des Gesetzes innerhalb von drei Monaten zu.

Mitte Oktober wurden Pläne für eine Reform der russischen Regierung zur grundlegenden Optimierung der Regierungsarbeit und zur Kostenersparnis bekannt. Die Zahl der Ministerien soll von 21 auf 15 reduziert werden, elf Föderale Agenturen sollen aufgelöst und neun Föderale Aufsichtsbehörden geschaffen werden.

Die Luftangriffe, die Russland in Syrien seit dem 30. September fliegt, kosten laut *Moscow News* vom 20. Oktober 4 Mio. \$ pro Tag. Nach Aussage des russischen Verteidigungsministeriums belaufen sich die Kosten auf nur 2,5 Mio. \$ pro Tag. Nach einer Meinungsumfrage des Moskauer Lewada-Zentrums von Mitte Oktober billigen 53 % der Befragten die Syrienoperation, 22 % sind dagegen. 18 % der Befragten sehen keinen Nutzen für Russland. 13 % sind der Meinung, dass in Syrien nicht Ziele des IS bombardiert werden, sondern Ziele der Opposition.

Das ISPSW

Das Institut für Strategie- Politik- Sicherheits- und Wirtschaftsberatung (ISPSW) ist ein privates, überparteiliches Forschungs- und Beratungsinstitut.

In einem immer komplexer werdenden internationalen Umfeld globalisierter Wirtschaftsprozesse, weltumspannender politischer, ökologischer und soziokultureller Veränderungen, die zugleich große Chancen, aber auch Risiken beinhalten, sind unternehmerische wie politische Entscheidungsträger heute mehr denn je auf den Rat hochqualifizierter Experten angewiesen.

Das ISPSW bietet verschiedene Dienstleistungen – einschließlich strategischer Analysen, Sicherheitsberatung, Executive Coaching und interkulturelles Führungstraining – an.

Die Publikationen des ISPSW umfassen ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher, sicherheits- und verteidigungspolitischer Analysen sowie Themen im Bereich internationaler Beziehungen.



Analysis

1. Sitzung des Menschenrechtsrats unter Leitung Putins

Am 1. Oktober leitete Präsident Wladimir Putin das jährliche Treffen des Rats für die Entwicklung der Zivilgesellschaft und der Menschenrechte beim Präsidenten in Moskau.¹ Das Treffen, auf dem 18 Mitglieder des Rats sprachen, dauerte dreieinhalb Stunden und hätte noch länger gedauert, wenn Putin nicht einen neuen Termin gehabt hätte. Auf der Tagesordnung standen u.a. die Reform des Gerichtswesens, Wahlen und die Wahlgesetzgebung, die Rechte von Wehrpflichtigen, der Einsatz in Syrien, die Wahrung des Gedenkens an die Opfer der politischen Repression und eine Nachbesserung des NGO-Gesetzes über ausländische Agenten. Putin treffe sich laut Michail Fedotow, dem Vorsitzenden des Rats, viermal jährlich mit dem Rat in verschiedenen Formaten.² Fedotow teilte mit, dass der Bekanntheitsgrad des Menschenrechtsrats im vergangenen Jahr von 44 % auf 62 % angestiegen sei und dass das Vertrauen der Menschen, das sie dem Menschenrechtsrat entgegenbringen, das Niveau von 82 % erreicht habe.

Putin führte eingangs aus, dass in Russland 670.000 Personen in NGOs tätig sind. Der russische Staat gibt den NGOs in diesem Jahr Beihilfen in Höhe von 4,2 Mrd. Rubel (60 Mio. €). Außerdem sei ein Preis in Höhe von 2,5 Mio. Rubel (36.000 €) geschaffen worden, der ab 2016 jährlich für herausragende Leistungen im karitativen Bereich vergeben werde. Ferner werde an der Kreuzung des Sacharow-Prospekts und der Sadowo-Spasskoj-Straße ein Denkmal für die Opfer der politischen Repression errichtet werden. Aus 336 eingereichten Vorschlägen sei einer ausgewählt worden.

Das Gründungsmitglied der Moskauer Helsinki-Gruppe, Ljudmila Alexejewa, thematisierte das Gesetz, das NGOs, die finanzielle Zuschüsse für Projekte aus dem Ausland erhalten, zu „ausländischen Agenten“ macht, wobei ihre NGO nicht darunter fällt. Die bekannte Menschenrechtlerin, die in diesem Jahr den Vaclav-Havel-Preis des Europarats bekommen hat, war 2012 aus dem Menschenrechtsrat beim Präsidenten ausgetreten und erst kürzlich in den Menschenrechtsrat zurückgekehrt. Sie begründete diesen Schritt damit, dass es die Menschenrechtler in Russland immer schwerer haben – in diesem Jahr wird die sowjetische und dann russische Menschenrechtsbewegung 50 Jahre alt – und dass der „Menschenrechtsrat eine der wenigen Plattformen ist, wo man irgendetwas machen und wo man zumindest Gehör finden kann“. Sie versuchte Putin zu überzeugen, in dieser Frage etwas zu verändern: „Wladimir Wladimirowitsch, warum ist es lobenswert, wenn Gazprom oder ein Unternehmer Geld aus dem Ausland erhält? Das gilt als Investition. Auch unser Land verleiht im Ausland Geld, und auch das wird gelobt. Warum gilt eine gemeinnützige Organisation als ausländischer Agent, wenn sie Geld aus dem Ausland erhält, obwohl sie ebenfalls im Interesse des eigenen Landes handelt? Warum macht man diesen Unterschied?“ Alexejewa forderte die Abschaffung des Gesetzes über „ausländische Agenten“.

Putin lehnte das ab, erklärte aber, dass es notwendig sei, den Begriff der „politischen Tätigkeit“ zu klären, denn heute werden unter diesem allgemeinen Kamm Organisationen subsumiert, die keinerlei Beziehung zur Politik haben, sich aber in sozialen Fragen engagieren. Er sagte Vorschläge zur Überarbeitung des Gesetzes innerhalb von drei Monaten zu. Das Gesetz bleibe, aber der Begriff der „politischen Tätigkeit“ sollte nicht so dehnbar sein.

¹ <http://president-sovet.ru/events/meetings/read/12/>

² http://www.ng.ru/politics/2015-10-06/2_kremlin.html



Fedotow schlug Putin das Verbot der Kumulierung von Mandaten im Menschenrechtsrat mit Mandaten in der Staatsduma, im Föderationsrat und in der Gesellschaftlichen Kammer vor. Von einer solchen Kumulation seien derzeit sieben der 40 Mitglieder des Menschenrechtsrats betroffen. Diese meinen, der Rat sei direkt beim Präsidenten angesiedelt, der am besten wisse, wen er auswählen könne.³

Auf der Grundlage einer Anordnung des Präsidenten war bereits im September eine Arbeitsgruppe zur Ausarbeitung von Vorschlägen für die ergänzende Regulierung der Tätigkeit der sozialorientierten NGOs gebildet worden.⁴ Die Arbeitsgruppe besteht aus 50 Personen, aus Vertretern des Kreml, der Staatsduma, der Ministerien, der Leiter von Regionen und aus Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens. Als Leiter der Arbeitsgruppen wurde der Erste Stellvertretende Leiter der Präsidentialadministration, Wjatscheslaw Wolodin, bestimmt.

Am 14. Oktober trat die Arbeitsgruppe zum ersten Mal zusammen.⁵ Die Teilnehmer diskutierten mögliche Zugänge und Maßnahmen zur Erhöhung der Effektivität von staatlichen Maßnahmen zur Unterstützung der NGOs. Sie beauftragten den Gesellschaftlichen Rat, einen Vorschlag für eine Konzeption zur Entwicklung der NGOs in Russland zu erarbeiten, damit bis zum Jahresende dem Präsidenten Vorschläge vorgelegt werden können.

Am 15. Oktober fand in Moskau ein Seminar für sozialorientierte NGOs hinter verschlossenen Türen statt, das von der Gesellschaftskammer und mit Unterstützung der Präsidentialadministration durchgeführt wurde.⁶ An dem Seminar nahmen 250 Personen aus 70 Regionen teil. Hauptthema war die Unterstützung der NGOs für den „Dritten Sektor“, NGOs auf dem russischen Lande und NGOs im Ausland. Bei den Vereinten Nationen sind – so eine Mitteilung auf dem Seminar – 60 russische NGOs registriert, aber mehr als 3.000 amerikanische. Während die amerikanischen NGOs in der ganzen Welt arbeiten, sind die russischen nur in den GUS-Ländern tätig.

Bis zum 1. November muss eine NGO-Arbeitsgruppe der Präsidentialadministration mit Vertretern der Ministerien, der Gesellschaftskammer und von NGOs der regionalen und kommunalen Ebene dem Präsidenten Vorschläge für Änderung der Gesetzgebung bezüglich der Regulierung der sozialorientierten NGOs machen. Es soll eine Konzeption zur Entwicklung der NGOs im kommenden Jahr ausgearbeitet werden. Zwei Entscheidungsvarianten wurden diskutiert: Die eine, die von der Gesellschaftlichen Kammer stammt, möchte einer NGO die Bezeichnung „NGO höchsten sozialen Nutzens“ geben mit der Aufzählung der dafür notwendigen gesetzlichen Kriterien. Aussichtsreicher ist die andere Variante, die sich auf ausländische Erfahrungen stützt, wonach eine NGO die Bezeichnung „sozial“ erhält, wenn sie nicht weniger als 70-80 % ihrer Tätigkeit in Form von sozialen Dienstleistungen erbringt.

2. Pläne für Regierungsreform

Mitte Oktober wurde bekannt, dass der Expertenrat bei der Regierung vorschlug, die Zahl der Ministerien von 21 auf 15 zu reduzieren, 11 Föderale Agenturen aufzulösen und neun Föderale Aufsichtsbehörden zu schaffen.⁷ Das ist die Variante einer administrativen Reform, die gegenwärtig in der Regierung diskutiert wird und die von der Russischen Akademie für Volkswirtschaft beim Präsidenten erstellt worden war. Die Reform wurde

³ <http://www.kommersant.ru/doc/2827168>

⁴ <http://www.vedomosti.ru/politics/articles/2015/09/07/607827-vyacheslav-volodin-vozglavit-gruppu-po-nko>

⁵ <http://www.vzsar.ru/print/news/vyacheslav-volodin-provel-zasedanie-rabochei-gruppy-po-deyatelnosti-nko>

⁶ <http://www.kommersant.ru/doc/2832883>

⁷ <http://www.rbc.ru/economics/15/10/2015/561fdf359a794761d7a9ec5d>



dem Minister für Angelegenheiten der „offenen Regierung“, Michail Alysow, vorgelegt und von ihm gebilligt. Nun liegt sie beim Leiter des Regierungsapparats, Vizepremier Sergej Prichodko, der für den Präsidenten zum 1. Dezember eine Zusammenfassung vorbereitet. Ziel der Reform ist die grundlegende Optimierung der Regierungsarbeit und Kostenersparnis.

Aufgelöst werden sollen die Ministerien für regionale Entwicklung, für die Entwicklung des Fernen Ostens, für Kommunikation, für Energetik, für Sport und für Arbeit und soziale Entwicklung. Aufgelöst werden sollen ferner die Föderalen Agenturen für die GUS, für Rüstung, für Spezialbau, für Staatsgrenzen, für Wohnungsbau, für Staatsreserven, für Kosmos-Angelegenheiten, für Holzwirtschaft, für Medizinbiologie, für Jugendangelegenheiten und für Archivwesen.

Bei Umsetzung dieser Vorschläge wird die Regierung dann aus folgenden Ministerien bestehen: Ministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Informatisierung und Innovation, Ministerium für Naturressourcen, Energetik und Ökologie, FSB und Sicherheitsministerium, Finanzministerium, Ministerium für Kultur, Sport und Tourismus, Transportministerium, Justizministerium, Verteidigungsministerium, Innenministerium, Industrieministerium, Landwirtschaftsministerium, Außen- und Außenwirtschaftsministerium, Ministerium für Gesundheit, Arbeit und sozialen Schutz, Bildungsministerium, Ministerium für außergewöhnliche Angelegenheiten. Elf Ministerien werden Föderale Agenturen unterstellt.

In dem in der Wirtschaftszeitung wiedergegebenen Reformschema steht über der Regierung der Präsident, darunter die Präsidialadministration mit der unterstellten Föderalen Agentur für Präsidentenprogramme. Dann erst kommen die Regierung, darunter der Apparat der Regierung, und dann erst die föderalen Ministerien und anschließend die Föderalen Aufsichtsdienste. Das bedeutet, dass die Präsidialadministration über der Regierung steht und deren Tätigkeit steuert.

3. Gründung einer staatlichen Jugendorganisation

Am 29. Oktober ordnete Putin durch ein Dekret die Gründung einer neuen staatlichen Jugendorganisation mit dem Namen „Russische Bewegung der Schüler“ an⁸. Sie soll der Erziehung der Schüler und der Formung der Persönlichkeit auf der Basis der russischen gesellschaftlichen Werte dienen. Anfang Oktober hatten sich die Vorsitzenden aller Staatsdumafractionen an Putin mit der Bitte gewandt, eine allrussische Organisation für Kinder und Jugendliche zu gründen.

Das höchste Organ der neuen Jugendorganisation wird ein Kongress sein. Zur Regelung der laufenden Aufgaben wird die Organisation einen Vorsitzenden und zwei Stellvertreter haben. Die Organisation soll aus dem föderalen Haushalt finanziert werden. Die Zusammenarbeit der Organisation mit den föderalen Exekutivorganen und den kommunalen Selbstverwaltungen soll das „Russische Kinder- und Jugendzentrum“ sicherstellen, das von der „Föderalen Agentur für Jugendangelegenheiten (Rosmolodjosch)“ gegründet werden soll. Wissenschaftsminister Dmitrij Liwanow sagte der neuen Schülerorganisation, die in allen Regionen geschaffen werden soll, die Hilfe seines Ministeriums zu.

Putin unterschrieb das Dekret nicht zufällig am 29. Oktober. An diesem Tag war 1918 die kommunistische Jugendorganisation der KPdSU, der Komsomol, gegründet worden. 1991 wurde der Komsomol, in den die Jugendlichen mit dem 14. Lebensjahr eintreten mussten, wieder aufgelöst. Für die 9- bis 14jährigen Schüler

⁸ <http://static.kremlin.ru/media/acts/files/0001201510290016.pdf>



waren 1922 die kommunistischen „Jungen Pioniere“ geschaffen worden. Der Stellvertretende KPRF-Vorsitzende und Erste Stellvertretende Vorsitzende der Staatsduma, Iwan Melnikow, bestreitet Parallelen der neuen Jugendorganisation zum Komsomol, unterstützt aber die Neugründung. Die neue Organisation erziehe die Schüler zum Verständnis für das, was das Leben ist, was kollektiv ist und welche Verantwortlichkeiten bestehen. Die neuen Generationen benötigen einen Schuss gegen den Ultra-Egoismus, mit dem viele der heute 20jährigen aufgewachsen sind.

Der Stellvertretende Sekretär des Generalrats von „Einiges Russland“, Andrej Issajew, der zugleich Stellvertretender Staatsdumavorsitzender ist, erklärte, dass die neue Schülerorganisation, deren Gründung eine „absolute richtige Entscheidung“ sei, keine Organisation von „Einiges Russland“ sei. Deren Jugendorganisation „Naschi“ („Die Unseren“) war 2010 negativ aufgefallen, weil sie in ihrem internationalen Ferienlager am Seliger-See – nördlich von Moskau – mit Teilnehmern aus 80 Ländern eine Ausstellung mit Gesichtern ausländischer Politiker durchgeführt hatte, darunter der ehemaligen amerikanischen Außenministerin Condoleezza Rice, die Hüte mit Nazi-Symbolen trugen, begleitet von einem Transparent mit der Aufschrift „Sie sind nicht willkommen hier“.

Offen ist, ob die Mitgliedschaft in der neuen Organisation freiwillig oder obligatorisch sein wird. Experten meinen, dass die Organisation die Rückkehr zur sowjetischen Pionierorganisation ist, aber nicht auf der Grundlage kommunistischer, sondern militärisch-patriotischer Werte mit orthodoxem Anstrich.

4. Kosten des russischen Syrieneinsatzes

Am 20. Oktober veröffentlichte die Zeitung *Moscow Times* eine Aufstellung der Kosten des russischen Militäreinsatzes in Syrien.⁹ Die Luftangriffe, die Russland seit dem 30. September in Syrien fliegt, kosten pro Tag 4 Mio. \$, jedes Kampfflugzeug, das in Syrien fliegt, kostet pro Stunde 12.000 \$, jeder Hubschrauber 3.000 \$ pro Stunde. Russland setzt 36 Kampfflugzeuge und 20 Kampfhubschrauber in Syrien ein, die pro Tag rund 40 Einsätze fliegen.

Die Zeitung stützt sich bei ihren Angaben auf die militärwissenschaftliche Denkfabrik IHS Jane's. Die Bombenangriffe, Versorgungsläufe, Infrastruktur und Bodenpersonal kosteten Moskau bisher zusammen mit einer Salve von Marschflugkörpern in die Konfliktzone 80-115 Mio. \$. Bezogen auf den diesjährigen Verteidigungshaushalt von 3,1 Billionen Rubel (50 Mrd. \$) stellen die Syrienkosten vorerst keinen so großen Betrag dar. Wenn sich der Einsatz allerdings Jahre hinzieht und wenn bei einem möglichen Bodeneinsatz russische Soldaten in Syrien auch sterben, dürfte sich das alles dann doch bemerkbar machen. Es ist nicht klar, wie sich Russland aus dem Syrieneinsatz irgendwann wieder herausziehen will, denn es ist ungewiss, ob Assad ohne russischen Militäreinsatz auf Dauer diejenigen Gebiete wird halten können, die seine Soldaten dank russischer Bombardements erobern konnten.

Die Militärangehörigen kosten pro Tag etwa 440.000 \$. Beim Einsatz von Schiffen im Mittelmeer, kommen noch 200.000 \$ hinzu. Für sonstige Hilfs- und Nebenkosten wie Logistik, Informationsgewinnung, Kommunikation und Technik sind 250.000 \$ pro Tag anzusetzen. All diese Angaben sind Schätzungen, die laut Senior Analyst Ben Moore von IHS Jane's durchaus höher sein können.

⁹ <http://www.themoscowtimes.com/business/article/calculating-the-cost-of-russias-war-in-syria/540015.html>

Die Kosten der Marschflugkörper, die am Geburtstag von Präsident Wladimir Putin am 7. Oktober vom Kaspischen Meer aus abgeschossen worden waren, betragen pro Abschuss 1,2 Mio. \$. Insgesamt wurden 26 Marschflugkörper nach Syrien geschossen, vier weitere kamen im Iran zu Boden. Diese Raketensalve kostete insgesamt 36 Mio. \$.

Das russische Verteidigungsministerium geht laut der russischen Wirtschaftszeitung RBK vom 29. Oktober davon aus, dass der Syrieneinsatz Russland pro Tag nur 2,5 Mio. \$ kostet.¹⁰ Am 2. Oktober erklärte dazu der russische Finanzminister Anton Siluanow, dass wegen des Syrieneinsatzes kein zusätzlicher Haushalt erforderlich sei.

Vom 23. bis 26. Oktober befragte das Moskauer Meinungsforschungsinstitut „Lewada-Zentrum“ 1.600 Personen über 18 Jahren in 134 Ortschaften in 40 Regionen Russlands (Fehlerquote unter 3,4 %) zu Syrien.¹¹ Die militärische Operation in Syrien billigen 53 % der Befragten (im September 39 %), 22 % sind dagegen (September 11 %). 18 % der Befragten sehen keinen Nutzen für Russland. Dass Russland Ziele des Islamischen Staates bombardiert, glauben 48 %, 13 % sind der Meinung, dass Ziele der Opposition in Syrien von Russland bombardiert werden.

Anmerkungen: Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder und ist erstmalig im Oktober-Newsletter „Russland intern aktuell“ Nr. 78 des Deutsch-Russischen Forums Berlin erschienen.

Über den Autor dieses Beitrags

Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider ist Advisory Board Member of the EU-Russia Centre in Brüssel, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Siegen und Leiter der sozialwissenschaftlichen Forschung des Berliner West-Ost-Instituts.



Prof. Dr. Lic. Eberhard Schneider

¹⁰ <http://www.rbcdaily.ru/politics/562949997909176>

¹¹ <http://www.levada.ru/2015/10/29/uchastie-rossii-v-voennoj-operatsii-v-sirii/>